

Neuwahlen in Dänemark bestätigen jetzige Regierung

Premierminister Anders Fogh Rasmussen liess sich Zeit bis kurz vor 23.00 Uhr, bevor er in der alten Markthalle von Kopenhagen vor seine jubelnden Anhänger trat. Kurz zuvor hatte die neue Vorsitzende der Sozialdemokraten, Helle Thorning-Schmidt unter Tränen eingeräumt, ihr Wahlziel verfehlt zu haben.

Nach den vorgezogenen Neuwahlen in Dänemark am 13. November sieht es nunmehr nach einer dritten Amtszeit des liberalen Regierungschefs aus, der seit November 2001 zusammen mit den Konservativen unter Bendt Bendtsen und mit Duldung der populistischen Dänischen Volkspartei das Land erfolgreich regiert.

Die Hoffnung, aus der Abhängigkeit der Volkspartei zu entkommen und eine klar reformorientierte Koalition zu bilden, haben sich dabei nicht erfüllt. Bei der Regierungsbildung kommt Rasmussen zugute, dass er nach der Verfassungslage Dänemarks im Amt bleibt, also nicht vom Parlament neu gewählt werden muss. Dies reduziert Abhängigkeiten und gibt ihm mehr Freiraum.

Rasmussen hatte sich für Neuwahlen nach nur zweieinhalb Jahren entschieden, um insbesondere für die im nächsten Jahr anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst freie Hand zu haben und eine Bestätigung seiner Politik der Rückführung des traditionell hohen Staatsanteils in Dänemark und der behutsamen Senkung der Steuerlast zu erhalten. Darüberhinaus schien es ihm ratsam, die bevorstehenden Beratungen über den EU-Reformvertrag aus einer Wahlauseinandersetzung herauszuhalten.

Nach dem Stand der Stimmenauszählung haben die die Regierung stützenden Parteien 89 von 179 Mandaten erhalten. Dies ist ein Verlust von 5 Sitzen und bedeutet, dass ein weiterer Partner gefunden werden muss, um die absolute Mehrheit zu garantieren. Darüber wird Rasmussen in den nächsten Tagen verhandeln. In Betracht kommt die Einbeziehung eines Abgeordneten von den Faroer-Inseln oder die Koalition mit oder Duldung durch die 5 Abgeordneten der „Neuen Allianz“ des syrienstämmigen Naser Khader, der sich von seiner bisherigen Partei, der radikalen Venstre, abgespalten hatte, um die Abhängigkeit der Regierung von der immigrations-kritischen Dänischen Volkspartei zu mildern. Die „Ny Alliance“ war von starken Kräften der dänischen Wirtschaft unterstützt worden, weil sie für eine offenere Einwanderungspolitik sowie für eine drastische Senkung des Spitzensteuersatzes von gegenwärtig 63% eintritt. Dänemark hat Schwierigkeiten, das hohe Wirtschaftswachstum zu halten, weil Arbeitskräfte fehlen und Führungspositionen für ausländische Fachkräfte wegen der hohen Steuerlast wenig attraktiv sind.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GROSSBRITANNIEN

THOMAS BERND STEHLING

14. November 2007

www.kas.de/london

Öffnungen in beiden Bereichen waren aber an der dänischen Volkspartei gescheitert, die darin eine Gefährdung der Interessen ihrer Wählerschaft sah. Auf Druck des konservativen Koalitionspartners konnten im Sommer nur eine moderate Reduzierung der Körperschaftssteuer von 28% auf 25% und eine leichte Absenkung der Einkommenssteuer ab 2008/2009 durchgesetzt werden. Dies war für eine durchgreifende Reform der Steuerpolitik zu wenig, aber genug für die Sozialdemokraten, die die Regierung beschuldigten, den Sozialstaat auszuhöhlen und die Reichen zu begünstigen.

Während sich die Volkspartei mit ihrer Politik noch einmal um ein Mandat auf 25 und von 13,2% auf 13,8% verbessern konnte, blieb das Ergebnis der Ny Alliance mit 2,8% unter den Erwartungen. Ihr waren 12 Sitze vorhergesagt wurden, am Ende waren es 5.

Es bleibt abzuwarten, ob Rasmussen so unterschiedliche Partner einbinden will und kann und welche Schlussfolgerungen er für die Politik der neuen Regierung aus diesem Ergebnis zieht.

Während seine Partei, Venstre, sechs Mandate einbüsste und von bislang 29% auf 26,3% rutschte, hatte der konservative Koalitionspartner bei der Wahlparty im Design Center Kopenhagens Grund zu Begeisterung und Freude. Die Partei hielt ihre Mandatszahl von 18 Sitzen und verbesserte sich leicht von 10,3% auf 10,4%.

Die Christdemokraten, seit Jahren auch durch eigenes Verschulden am Rande der Bedeutungslosigkeit, verpassten erneut den Sprung über die 2%-Klausel.

Für die neue Wahlperiode steht vor allem die Innenpolitik auf der Agenda.

Nach 15 Quartalen beständigen Wirtschaftswachstums, der mit unter 100.000 Beschäftigungslosen niedrigsten Arbeitslosigkeit seit mehr als 30 Jahren und einem Haushaltsüberschuss von 3% des BIP sind Richtungsentscheidungen über den künftigen Kurs der dänischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu treffen.

Dabei geht es vor allem um den weiteren Umbau des Sozialstaates, die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und das Steuersystem. Kontrovers bleibt darüberhinaus die künftige Einwanderungspolitik.

Ein Referendum zu dem EU-Reformvertrag erscheint, trotz vereinzelter Stimmen auch aus den grossen Parteien und des in Umfragen geäusserten Wunsches von 59% der Bevölkerung, unwahrscheinlich. Vermutlich wird es aber nach seiner Verabschiedung im Folketing eine Volksabstimmung zu den bisherigen dänischen opt-outs zur Verteidigungs- und Justizpolitik sowie zum Euro geben.

GROSSBRITANNIEN

THOMAS BERND STEHLING

14. November 2007www.kas.de/london

Parties	Votes	%	Seats			2005 +/-
			District	Add.	Total	
Liberal Party of Denmark (Venstre)	908,877	26,3	40	6	46	-6
Social Democratic Party	881,937	25,5	41	4	45	-2
Danish People's Party	478,655	13,8	20	5	25	1
Socialist People's Party	451,295	13,0	19	4	23	12
Conservative People's Party	359,228	10,4	11	7	18	0
Danish Social-Liberal Party (Radikale Venstre)	177,240	5,1	3	6	9	-8
New Alliance	96,852	2,8	0	5	5	5
Unity List - Red-Green Alliance	74,670	2,2	1	3	4	-2
Christian Democrats	30,111	0,9	0	0	0	0
Independet Canidates	539	0,0	0	0	0	
Faroe Islands					2	
Greenland					2	

179

Registered Electors	4,025,018	
Voters	3,482,691	86,5%
Blank or Invalid Ballots	23,287	0,7%
Valid Votes	3,459,404	99,3%

Quelle: electionresources.org